

Editorial

Winterpause – Weihnachten

Behaglich warm ist es um diese Jahreszeit meist nur zu Hause. Draußen wie in der Wirtschaft herrscht Kälte vor. Bedauerlich, dass die Regierung wegen des Konjunkturabschwungs endgültig ihre Klimazusagen aufgibt. Statt mit Investitionen dem Klimawandel entgegen zu wirken, macht man der Industrie Zugeständnisse und weicht Umweltauflagen weiter auf. Dabei ist General Motors nicht wegen zu höher ökologischer Auflagen in die Pleite gerutscht, sondern im Gegenteil durch eine verfehlte Modellpolitik.



Aber auch in Essen gab es Niederlagen. Der Regierungspräsident stoppte in seiner Eigenschaft als Finanzaufsicht die Pläne für ein Sozialticket, das CDU und GRÜNE u.a. mit den Stimmen von der SPD auf den Weg bringen wollten. Wir setzen darauf, dass dem RP noch deutlich gemacht werden kann, dass diese Maßnahme kein Defizit für die Stadt verursacht. Außerdem will der RP die Stadt dazu zwingen, ihren Zuschuss beim Stadionneubau (RWE) auf 7,5 Millionen Euro zu beschränken. Beide

Vorgänge machen deutlich, dass in Essen mit dem Nothaushalt auch die Handlungsfähigkeit der Stadt auf dem Spiel steht und damit die kommunale Selbstverwaltung. In Oberhausen hat der RP die Stadt bereits angewiesen, keine Auszubildenden einzustellen. Da ist es höchste Zeit, dass etwas für die hochverschuldeten Kommunen an Rhein und Ruhr getan wird. Die Ruhrgebietsstädte haben über das Regionalparlament im RVR, Land und Bund aufgefordert, etwas zur Entschuldung der Ruhrgebietstädte zu tun.

Aufbau „arme Städte“ statt „Aufbau Ost“ lautet daher auch mein Weihnachtswunsch. Erfreulich: Auch die Befürworter des Ausbaus des Flughafens E-MH haben einen Nackenschlag erhalten- da haben allerdings GRÜNE mitgeholfen.

Viel Spaß beim Lesen.

Ein frohes Fest und ein glückliches Neues Jahr

Ihre/Eure Doris Eisenmenger

(Schatzmeisterin)

Airbus ausgebremst

GRÜNE Initiative gegen Airbus-Werft erfolgreich

Gute Nachrichten gab es aus GRÜNER Sicht am 27.11.2008 aus Mülheim. Der Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion zum Ausschluss der Nutzung des Flughafens Essen/Mülheim für die Wartung großer Airbus-Flugzeuge hatte im Mülheimer Rat eine deutliche Mehrheit gefunden.

Link setzen

In geheimer Abstimmung folgten 29 Ratsmitglieder dem Antrag der GRÜNEN, im Bebauungsplan zum Büro- und Gewerbepark an der Brunshofstraße die Ansiedlung von flugaffinem Gewerbe bzw. Lagerplätzen und Lagerhäusern auszuschließen; 22 stimmten dagegen. Damit steigen nun auch die Chancen, den Büro- und Gewerbe-

park – wie ursprünglich geplant – zusammen mit der Stadt Essen zu realisieren und hochwertiges Gewerbe, z.B. aus Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, anzusiedeln. Wäre es zu einer Entscheidung zugunsten der Airbus-Wartungshallen von WDL-Inhaber Theo Wüllenkemper gekommen, hätte sich die Stadt Essen wahrscheinlich aus dem Projekt zurückgezogen und versucht, als Grundstückseigentümer das Projekt zu blockieren.

Offen ist nun allerdings, ob der Beschluss vom 27.11.2008 bereits das endgültige Aus für die Airbus-Werft bedeutet. Die Mülheimer SPD versucht nun, diesen Ratsbeschluss durch eine Teilung des Bebauungsplanes in zwei Abschnitte auszuhebeln. Für den Sprecher des Netzwerkes Mülheimer Bürger gegen Fluglärm, Waldemar Nowak, ein rechtswidriges Vorgehen. „Die Vorgehensweise der SPD, einem einzelnen Unternehmer die Errichtung einer Airbuswerft mit zweifelhaften wirtschaftlichen Ausgang zu ermöglichen, gefährdet den Ruf der Stadt über die Grenzen hinweg und gefährdet somit das gesamte interkommunale Projekt.“, so Nowak. Auch für die GRÜNE Fraktionsvorsitzende im Essener Rat, Hiltrud Schmutzler-Jäger, ist eine Teilung des Bebauungsplanes indiskutabel.

Die Entscheidung über den Bebauungsplan wird nun der Rat der Stadt Mülheim am 18. Dezember treffen. Die Mülheimer Stadtverwaltung hat dazu einen geänderten



Entwurf des Bebauungsplanes vorgelegt, in dem Lagerhäuser sowie Lagerplätze zur Unterstellung, Wartung und Montage von Flugzeugen und Fluggeräten aller Art (Segelflugzeuge, Luftschiffe, Drehflügler) explizit ausgeschlossen werden.

Dieser geänderte Bebauungsplan soll nach Vorstellung der Verwaltung dann vom 09.01.2009 - 09.02.2009 nochmals öffentlich ausgelegt werden.

Helmar Pless

Theo Wüllenkemper, Besitzer der WDL, in der Diskussion mit den Gegnern seiner hochfliegenden Pläne. Foto jod

Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV aufgeschoben

Zur Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV zum 01.03.2009 hat der Regierungspräsident Bedenken. Die Finanzaufsicht sieht das Modell aufgrund der Erfahrungen in Dortmund (Defizit von 4,9 Mio. € innerhalb von 10 Monaten) kritisch. GRÜNE haben dafür kein Verständnis, weil das Essener Modell anders strukturiert ist. CDU und GRÜNE versuchen, den RP von der Richtigkeit ihrer Annahmen zu überzeugen.

Link setzen

PRESSEMITTEILUNG von CDU-Fraktion und GRÜNER-Fraktion:

Jutta Eckenbach, sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion: „Wir bedauern die Aussetzung und haben die Stadtverwaltung beauftragt, in Gesprächen mit dem Regierungspräsidenten die Voraussetzungen zu schaffen, damit das Modell eingeführt werden kann.“

Friedhelm Krause, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion ergänzt: „Nach den Berechnungen von Experten kommt das Essener Sozialticket ohne städtische Subventionen aus und belastet auch nicht den Wirtschaftsplan der EVAG. Damit ist unsere Konzeption mit Dortmund nicht vergleichbar. Von daher hoffen wir, dass die Nachverhandlungen mit der Bezirksregierung erfolgreich sein werden.“

Hiltrud Schmutzler-Jäger und Christine Müller-Hechfellner, Fraktions-sprecherinnen der GRÜNEN-Ratsfraktion: „Wir sind sicher, die Bezirksregierung davon überzeugen zu können, dass das Sozialticket in Essen eingeführt werden kann. Zumal die Bedenken der Bezirksregierung, dass das Essener Sozialticket hohe Defizite nach sich ziehen würde, ausgeräumt werden können. Denn in Essen wird – anders als in Dortmund und Köln – aufgrund einer geringeren Preisdifferenz zum normalen Ticketerwerb die gesamte Umsteigerquote auf das Sozialticket wahrscheinlich geringer ausfallen. In Essen wird sich daher das Sozialticket rechnen, weil die Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs insgesamt steigen und erfahrungsgemäß – wie in den Städten Köln und Dortmund - die Anzahl der Schwarzfahrerinnen und Schwarzfahrer abnehmen wird. 28.11.08

Protest gegen RWE: Kein AKW in BELENE

Über 60 Menschen, Mitglieder von attac, Greenpeace, Umweltverbänden und GRÜNEN, versammelten sich anlässlich der RWE-Aufsichtsratssitzung vor der Konzernzentrale. Mit dabei unsere Landesvorsitzende Daniela Schneckenburger.

Mit einer Mahnwache sollte gemeinsam für den Ausstieg aus der todsicheren Atomenergie geworben werden.

Link setzen

Verhindert werden soll der Bau zweier Atomkraftwerke in Bulgarien, wo sich das RWE mit 1,7 Milliarden engagieren will. Die Pläne sind im RWE-Aufsichtsrat umstritten. Aufsichtsratsmitglied Frank Bsirske (Verdi-Vorsitzender und Mitglied der GRÜNEN) begrüßte bei seiner Ankunft zunächst die Demonstranten und machte so auch seine kritische Haltung deutlich.

Die GRÜNE Ratsfraktion, deren Sprecherinnen sich ebenfalls an der Aktion beteiligten, hatte im Vorfeld der Sitzung Oberbürgermeister Reiniger (ebenfalls Mitglied des Aufsichtsrates) in einem Brief aufgefordert, sich gegen den Bau dieser Atomkraftwerke auszusprechen.



GRÜNE: Medienvielfalt in Essen erhalten!

DIE GRÜNEN lehnen die Neuausrichtung der Geschäftspolitik der WAZ-Mediengruppe ab. Das hat die Mitgliederversammlung der GRÜNEN am 10.12. einstimmig beschlossen. Die geplante Reduzierung der Belegschaft von WAZ, NRZ, WR und WP würde zu einer weiteren Einschränkung der notwendigen Medienvielfalt in unserer Region führen. Schon heute haben die verschiedenen Produkte der WAZ-Mediengruppe ein weitgehendes Monopol öffentlicher Meinungsbildung. Die folgende Resolution hat die Mitgliederversammlung der GRÜNEN beschlossen.

Link setzen auf die Resolution der MV

Resolution der Mitgliederversammlung der GRÜNEN Essen vom 10. 12. 08 zu den geplanten Entlassungen im WAZ-Konzern - einstimmig angenommen

Medienvielfalt erhalten, in Essen und in NRW!

Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Essen lehnen die Neuausrichtung der Geschäftspolitik der WAZ-Mediengruppe ab. Die geplante Reduzierung der Belegschaft von WAZ, NRZ, WR und WP würde zu einer weiteren Einschränkung der notwendigen Medienvielfalt in unserer Region führen. Schon heute haben die verschiedenen Produkte der WAZ-Mediengruppe ein weitergehendes Monopol öffentlicher Meinungsbildung.

Obwohl die WAZ-Gruppe jährlich Millionengewinne einfährt und erst kürzlich Expansionspläne über 40 Millionen Euro nach Osteuropa bekannt wurden, soll ein geplanter Kahlschlag der WAZ-Geschäftsführung Hunderten Mitarbeitern den Arbeitsplatz kosten.

Wir fragen uns, ob der Auflagenrückgang nicht nur ein Vorwand ist, die Belegschaft drastisch zu verkleinern. Solche Eingriffe müssen kurz- oder mittelfristig zu einem massiven Qualitätsverlust in den vier Zeitungstiteln führen, da auch die Herstellungs-

kosten der verbleibenden einzelnen Lokalredaktionen drastisch heruntergefahren werden sollen.

An der lokalen Vielfalt zu sparen ist journalistisch fatal: Wer kauft im Zeitalter der neuen Medien noch eine Zeitung, die Nachrichten aus Politik und Wirtschaft bringt, die am Vorabend schon eins zu eins online erschienen sind? - Die Essener Bürgerinnen und Bürger kaufen die Zeitungen hauptsächlich wegen ihrer lokalen Berichterstattung. Mit ihrem Vorgehen schneidet sich die WAZ-Geschäftsführung ins eigene Fleisch und billigt einen dramatischen Auflagenrückgang.

Die Essener BürgerInnen wollen sich im Lokalen auch in Zukunft zwischen WAZ und NRZ entscheiden und die Inhalte vergleichen können! Was folgt als nächstes? Will die WAZ-Geschäftsführung den Menschen das letzte Bisschen Medienvielfalt in dieser Stadt nehmen?

DIE GRÜNEN in Essen fordern die Geschäftsleitung auf, die vorgeschobenen Probleme nicht auf dem Rücken der Medienvielfalt und der Belegschaft auszutragen! Wir zeigen uns solidarisch mit den MitarbeiterInnen der WAZ-Mediengruppe und unterstützen ausdrücklich den Protestblog „Medienmoral NRW“ des Deutschen Journalisten-Verbands (Gewerkschaft der Journalistinnen und Journalisten) Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Wir fordern die WAZ-Geschäftsführung und die Gesellschafter der WAZ Mediengruppe auf, folgende Forderungen umzusetzen:

- Investitionen gerne, aber ohne betriebsbedingte Kündigungen in der WAZ-Mediengruppe!

- Kein Kahlschlag in den Lokal- und Mantelredaktionen!

- Nicht noch ein Eingriff in die Medienvielfalt unserer Stadt!

GRÜNE schicken Kai Gehring erneut nach Berlin

„Unser“ MdB Kai Gehring hat sich einen sicheren Platz bei der NRW-Listenaufstellung erkämpft. Auf dem vergangenen Landesparteitag in Krefeld (6.12.) wählten die Delegierten der NRW-GRÜNEN die Landesliste zur Bundestagswahl 2009. Der Essener GRÜNEN-Bundestagsabgeordnete Kai Gehring (30) wurde dabei auf den als sicher geltenden Platz 10 gewählt. Der Bildungs-, Hochschul-, und Jugendexperte kann somit mit einer zweiten Amtszeit im Bundestag rechnen. Gehring setzte sich gegen insgesamt fünf Mitbewerber durch.

Link setzen

Der Sozialwissenschaftler aus Rüttenscheid überzeugte die Delegierten vor allem durch seine bildungs- und hochschulpolitischen Initiativen. In seiner Rede forderte Gehring einen neuen Bildungsaufbruch und einen klaren Kurswechsel in der Hochschulpolitik: „Es ist zutiefst ungerecht, dass unser Bildungssystem Kinder und Jugendliche systematisch ausmustert - wir müssen für mehr Durchlässigkeit und Chancengleichheit sorgen“, forderte Gehring. Dazu zählt er auch die Abschaffung von Studiengebühren und die Einführung eines GRÜNEN Bildungssoli. Die Bundes-

regierung forderte der GRÜNEN-Abgeordnete auf, ein Investitionsprogramm für Kitas, Schulen und Hochschulen aufzulegen - das sei nachhaltiger wirksam als Steuer-senkungen, Konsumgutscheine oder "Subventionen für Spritschleudern".

Gehring bedankte sich für die Unterstützung des Essener Kreisverbandes, das Ver-trauen der NRW-Delegierten und freut sich auf einen spannenden Bundestagswahl-kampf im nächsten Jahr.



Kai Gehring bei seiner Rede auf der Landesdelegierten-konferenz in Krefeld

Auch der zweite GRÜNE Kandidat erfolgreich

Auf der Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/DIE GRÜNEN konnte auch Tim Giesbert einen großen Erfolg feiern.

Der Bundestagsdirektkandidat der GRÜNEN für Essen-Borbeck und Mülheim an der Ruhr wurde auf Anhieb auf Platz 18 der NRW-Landesliste gewählt.

Link setzen

Giesbert, der zum ersten Mal antrat und bewusst auf einem Listenplatz kandidierte, der nicht unbedingt für den Einzug in den Bundestag ausreicht, zeigte sich sehr erfreut: „Bei meinem ersten Antritt sofort unter die ersten 20 KandidatInnen gewählt zu werden, ist ein großer Vertrauensvorschub und eine wunderbare Motivation für den bevorstehenden Wahlkampf.

Tim Giesbert ist 28 Jahre alt und steht vor dem Abschluss seines Politikstudiums. In den letzten Jahren profilierte sich der Stadtverordnete als jugendpolitischer Sprecher seiner Partei.

GRÜNE und CDU lehnen Vertreibung der Kormorane ab

Die schwarz-GRÜNEN Kooperationspartner sprechen sich vehement gegen einen Lasereinsatz im Naturschutzgebiet Heisinger Aue gegen dort brütende Kormoranpä-rchen -derzeit vier (!) - aus. Damit schließen sie sich den Umweltschutzverbänden an, die als erste diese Forderung der Ruhrfischereigenossenschaft entschieden zurück-gewiesen hatten. Der Einsatz von Lasergewehren, wie ihn die Fischer wünschen, würde rechtlich einen Präzedenzfall schaffen. Außerdem würden dadurch die im Vo-gelschutzgebiet brütenden Graureiher gefährdet werden. Deshalb die eindeutige Ant-

wort: Vogelschutzgebiet bleibt Vogelschutzgebiet, da müssen die Ruhrangler mal auf den einen oder anderen Fisch zugunsten der Vögel verzichten!

GRÜNE für Sitzungen der Bezirksvertretung auf der Zeche Carl

DIE GRÜNEN im Essener Norden setzen sich dafür ein, dass die Bezirksvertretung V nach einem erfolgreichen Probelauf im Februar 2009 regelmäßig in den Räumlichkeiten der Zeche Carl tagt.

Link setzen

Schon in der Oktobersitzung hatte der GRÜNE Bezirksvertreter Walter Wandtke vorgeschlagen, zu Beginn des kommenden Jahres zwei bis drei Sitzungen der Bezirksvertretung dort tagen zu lassen. Insbesondere von Seiten der SPD war gegenüber diesem Vorschlag allerdings viel Skepsis zu hören, da der Bürger sich an den bisherigen Tagungsort „Friedrich-Ebert-Zentrum gewöhnt hätte. Nach Ansicht der GRÜNEN sprechen für den Tagungsort „Zeche Carl“ allerdings viele gute Gründe.

Ein sozio-kulturelles Zentrum Zeche Carl sollte gerade bei seinem Neustart auch Ort politischer Debatten im und über den Stadtbezirk sein. Die Zeche Carl liegt nur wenige hundert Meter vom U-Haltepunkt „Altenessen-Mitte“ entfernt. Sowohl die „Turnhalle“, die „Waschkaue“ wie auch das „Maschinenhaus Zeche Carl“ bieten für solche Versammlungen ausreichende Möglichkeiten. Auch an Fahrrad- wie Autoabstellgelegenheiten ist dort kein Mangel.

Deshalb würde die Zeche Carl nicht nur als einmaliges Ausweichquartier zu Karneval ein guter Ort für zukünftige Bezirksvertretungssitzungen sein.

GRÜNE Bäder und Sportpolitik

Die einseitige Berichterstattung in den Werbeblättern des Stadtspiegels zum Themenkomplex Bäderpolitik und Masterplan Sport hat bei uns häufig Ärger ausgelöst. Ein Artikel im Steeler Kurier brachte das Fass zum überlaufen und führte zu folgender Erwidderung seitens der GRÜNEN, die auch am 10. 12. im Steeler Kurier abgedruckt wurde.

Link setzen

Richtigstellung des Textes „Die Schließer machen ernst“ und des Kommentars im Steeler Kurier vom 29. November 2008.

Sie schreiben: *„Und auch für das Finanzloch, das im Bereich der Theater & Philharmonie nach dem Theater um Ex- Intendant Kaufmann entstanden ist, zahlt die Stadt 3,4 Mio. Euro.“*

Dies ist nicht richtig.

Zutreffend ist vielmehr, dass das finanzielle Defizit der TuP nicht nach der Auseinandersetzung mit Herrn Kaufmann entstanden ist. Es ist aus seinen Spielzeiten 2006 /2007 und 2007 / 2008 und zusätzlich aus den Tariferhöhungen entstanden! Der Verlustausgleich wird aber nur als Darlehen mit der Maßgabe gewährt, diesen Zuschuss durch Einsparungen auszugleichen.

Darüber hinaus erwecken Sie durch Ihre Formulierung den Anschein, dass der städtische Haushalt durch den Ausgleich des Defizits mit zusätzlichen insgesamt 3,4 Mio. Euro belastet würde.

Dies ist ebenfalls nicht zutreffend.

Richtig ist vielmehr, dass GRÜNE und CDU durch einen in der Ratssitzung gestellten Antrag, beschlossen und sichergestellt haben, dass die zusätzlichen Kosten durch Einsparungen an anderer Stelle innerhalb des TuP – Budgets kompensiert werden müssen. **Eine Erhöhung der Gesamtausgaben im städtischen Haushalt wird durch unseren Antrag somit ausgeschlossen.** Hinzuzufügen ist, dass die SPD sich dem Antrag von GRÜNEN und CDU angeschlossen hat. Der von der SPD zu diesem Punkt gestellte Antrag hingegen hätte auch eine Erhöhung des TuP – Etats ermöglicht. Denn der Rat sollte laut SPD - Antrag beschließen „...**die Stadt Essen hält an der Festschreibung des Niveaus für den Verlustausgleich von 42,6 Mio. Euro pro Haushaltsjahr solange fest, bis die Diskussion des Maßnahmenpakets eine andere Festlegung regelt**“. Die Einführung des TuP – Etat – Deckels ist nach jahrelangen Etatsteigerungen überhaupt erstmalig von GRÜNEN und CDU gefordert und beschlossen worden und nicht von der SPD, die sich ja jetzt auch zur Hochkultur bekennt (s. auch die Unterstützung für Kaufmann).

Zweitens möchte ich richtig stellen:

Am letzten Mittwoch wurden keine neuen Beschlüsse in Sachen Sportstätten- und Bäderschließung gefasst. Es sollte lediglich der Ratsbeschluss vom 25. Juni 2006 zu den Sportplätzen, Turnhallen und Bädern wiederholt bestätigt werden, weil der Regierungspräsident NUR DANN bereit ist, das von CDU und GRÜNEN aufgelegte Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für die Sportstätten und Bäder in einer Größenordnung von immerhin 22,5 Mio. € (für die Jahre 2008 – 2012) freizugeben.

Nicht richtig und auch – nicht witzig – ist die Aussage, dass am Mittwoch ...“die CDU-GRÜNE- Schließungsmehrheit“ einen Beschluss zur Schließung des Bergmannsbusch gefasst hat (siehe auch oben: keine neuen Beschlüsse)!!! Denn richtig und weiter gültig ist – was auch im Beschluss vom 29. November 2006 nachzulesen ist -, „...dass alternativ geprüft werden soll, ob der Verein am Bergmannsbusch dort weiter spielen kann, wenn die Stadt von Kosten entlastet wird“. **Das heißt, dass der Verein dort solange spielen kann, bis die „Funktionalität und Verkehrssicherheit des Sportplatzes Bergmannsbusch nicht mehr gegeben ist. Diese Vereinbarung hat die Stadt und der Verein gemeinsam am 29. Mai / 11. Juni 2008 beschlossen.**

Bleibt festzuhalten, dass GRÜNE und CDU derzeit das größte Investitionsprogramm aufgelegt haben, das es jemals im Sport gegeben hat. Und dies kommt in erster Linie dem Breiten- und Amateursport zugute. Ein Auge verschließen, vor dem erheblichen Sanierungsstau der Sportstätten in dieser Stadt - wie es die SPD macht -, würde hingegen einen großen Schaden für die Sportinfrastruktur und damit für die Menschen in dieser Stadt bedeuten.

Hiltrud Schmutzler-Jäger

Bezirk V: Freigabe von Einbahnstraßen für Räder in Gegenrichtung

Auf Grund einer GRÜNEN Initiative in der Bezirksvertretung V wird jetzt auch in Altenessen, Vogelheim und Karnap von der Fachverwaltung geprüft, welche Einbahnstraßen für Radfahrer auch in Gegenrichtung geöffnet werden können. Im Sinne eines erleichterten Radverkehrs freuen wir uns, dass diese Prüfung, die erfolgreich auch schon in unseren Nachbarbezirken durchgeführt wurde, nun auch im Norden erfolgt.

Link setzen

Mit wenig einzusetzenden Finanzmitteln sind so deutliche Verbesserungen zu erzielen.

- | | | | |
|----|----------------|----|----------------------|
| 1. | Am Eisenbusch | 2. | Basunestraße |
| 3. | Honnorskamp | 4. | Karl-Denkhaus-Straße |
| 5 | Lütkenbrauk | 6. | Mallinckrodtstraße |
| 7 | Mevissenstraße | 8 | Westerndorfplatz |

Nachdem in der Bezirksvertretungssitzung vom 24.6.2008 eine systematische Überprüfung der Einbahnstraßen zur Verbesserung des Radverkehrs im Stadtbezirk leider abgelehnt wurde, wurde jetzt eine Auswahlliste beschlossen. Gegenstimmen gab es nur von der FDP, die diese Einbahnstraßen lieber auch wieder für den Autoverkehr öffnen will.

Eigentlich hielte die SPD den Antrag ja für überflüssig, aber traditionell würden sie ja reine Prüfaufträge der anderen Parteien nicht ablehnen. Die SPD-Fraktion sei sich aber sicher dass hier kein positives Ergebnis herauskomme.

Zur Erinnerung - Herr Endruschat (SPD) hält ja auch die geplante Fahrradstation am Bahnhof Altenessen mittlerweile für überflüssig.

Rundes Jubiläum –30 Jahre Kulturbeirat in Essen

2. Teil des Interviews mit dem Vorsitzenden des Kulturbeirats Johannes Brackmann:

Dass sich in größeren Städten Ratsmitglieder in einem Kulturausschuss um die Förderung kultureller Belange kümmern, ist eine Selbstverständlichkeit. Einen durch die Stadt installierten, von ihr organisatorisch unterstützen, aber dennoch unabhängigen Kulturbeirat, werden wir in unseren Nachbarstädten jedoch vergeblich suchen. Essener BürgerInnen, die in irgendeiner Form selbst künstlerisch aktiv sind, nehmen mit ihren Debatten und Empfehlungen im Kulturbeirat schon seit Ende der siebziger Jahre Einfluss auf die Arbeit des Kulturausschusses, des Stadtrats und natürlich auch auf die Essener Bürgerschaft.

Genügend Anlässe also, den derzeitigen Beirats-Vorsitzenden, Johannes Brackmann ausführlich zu Problemen und Chancen Essener Kulturpolitik unter Schwarz-GRÜN zu befragen:

Link setzen

Walter Wandtke: Wenn wir jetzt die Gesamtkulturpolitik anschauen, dann könnten wir auch ein Ungleichgewicht feststellen , wie viel tatsächlich geschrieben wird über eine Philharmonie und den Dingen, die nicht beschrieben werden, z.B. Artikel über die Pleite der Design - School in Katernberg.

Müsste man nicht viel eher darüber reden, wie sieht die Situation in der Volkshochschule aus? Sind unsere Büchereien vernünftig ausgestattet oder sind

freie Kulturträger oder größere Kulturzentren wie das „Grend“ in der Lage, die Aufgaben, die wichtig wären, zu erfüllen?

Johannes Brackmann: Völlig richtig, ich beurteile das genauso. Es hat einen Paradigmenwechsel gegeben in den kommunalen Kulturpolitiken. Die Städte gerade hier im Ruhrgebiet wollen sich mit Leuchttürmen schmücken, durchaus in Konkurrenz untereinander, was ich für sehr, sehr schädlich halte. Wir sehen das jetzt an der Entwicklung der Konzerthäuser im Revier. Der Bochumer Stadtrat hat beschlossen, ebenfalls ein Konzerthaus zu bauen, mit mehr als 1000 Plätzen. D.h. wir haben demnächst mehr als 5000 Philharmonieplätze hier im Ruhrgebiet pro Tag, die gefüllt werden wollen.

W:Ja, wenn der Kurt Masur demnächst ohne Michael Kaufmann mit seinem Symphonie-Orchester nicht mehr nach Essen kommen will, haben die Bochumer doch beste Chancen.

B:Ja, dann geht er eben nach Bochum, wenn Bochum entsprechend zahlt. In diesem Bereich werden ja sehr hohe Gagen bezahlt. Man darf sich da doch nichts vormachen. Es gibt in dem Bereich einen hoch subventionierten Markt, wie im privatwirtschaftlichen Bereich. Alle wollen sich im Glanz der großen Namen schmücken und da gibt es eine gnadenlose Konkurrenz. Ich glaube, das tut der Region in Gänze nicht gut. Ich war schon immer ein Gegner davon, dass jede einzelne Stadt sich hier eine große kulturelle Infrastruktur aufbaut. Man sieht das jetzt sehr deutlich, die Auseinandersetzungen werden härter. In Dortmund hatten wir ja ein ähnliches Problem. Dort wurde der Konzerthausintendant nach zwei Jahren gefeuert, weil er den Etat überzogen hat.

Jetzt macht man da Pop-Musik und Clown-Festival. Ich halte es für sehr fraglich, ob das der öffentliche Kulturauftrag solcher Einrichtungen sein kann.

Ich glaube, dass Michael Kaufmann auf dem richtigen Weg war, ein sehr differenziertes Programm zu machen, was auch ein breites Publikum anspricht. Über die Eintrittspreise kann man sich natürlich streiten, über die Auslastungszahlen auch.

Ich glaube es ist jetzt notwendig, näher zusammenzurücken, darüber nachzudenken, wie man die Synergieeffekte, die in dieser Region vorhanden sind, besser bündeln kann. Leider können wir die Entscheidungen der Städte nicht mehr rückgängig machen. Ich war immer der Befürworter einer großen Ruhrphilharmonie. Dort hätte man mit weitaus weniger Geld als jetzt von den Kommunen verausgabt wird, etwas wirklich Tolles hinkriegen können.

Ich erinnere nur an die Jahrhundert-Halle in Bochum, die durchaus einmal für solche Zwecke geplant war.

Leider ist das Schnee von gestern – auf diese Entscheidung hatten wir keinen Einfluss. Jetzt müssen wir uns mit dem auseinandersetzen, was da ist. Trotzdem halte ich es für wichtig, noch mal daran zu erinnern, wie solche Entscheidungen zustande kommen. Ich glaube diese Art von Kulturpolitik wird den Kommunen über die Jahre sehr, sehr teuer zu stehen kommen.

Ich war dagegen, dass Essen eine eigene Philharmonie hier baut. Ich habe das offen kritisiert, ich habe auch die GRÜNEN in diesem Punkt kritisiert. Zumal auch die Entscheidung seinerzeit getroffen wurde, soweit ich mich erinnere, ohne dass man genau wusste, wie die Folgekosten für solche großen Projekte aussehen. Speziell diese Folgekosten fressen die Etats auf. Meine Befürchtung bleibt, dass dieses Vorgehen auf Dauer zu Lasten vieler anderer Bereiche geht, z.B. der Volkshochschule, der vie-

len freien Kultureinrichtungen hier, die immer wieder abgewiesen werden mit dem Argument, wir haben ja kein Geld mehr, wir sind pleite.

W: Könnte man das Problem in Zukunft damit verringern, dass man sagt, hier in Essen konzentrieren wir uns auf Musikkultur. Was dann heißen könnte, Oper, Ballet, Philharmonie. Das gute Schauspiel überlassen wir Bochum, Oberhausen und Mülheim?

B: Ist natürlich schwierig, wenn ich sagen würde, das wäre eine Möglichkeit, dann würde mir Anselm Weber wahrscheinlich ins Gesicht springen. Ich glaube, dass das Schauspiel eine ganz wichtige und notwendige Einrichtung hier in Essen ist und dass man jetzt nicht das Rad der Geschichte wieder zurückdrehen kann. Dortmund hat sich auch zur Musikstadt erklärt. Ich habe letztlich keine Lösung dafür. Man muss sich von dem Anspruch verabschieden, alles muss sich hier in den einzelnen Städten in Weltspitze abspielen. Wir können durchaus Spitzenklasse in einzelnen Kommunen erreichen und man kann unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Soweit ich mich erinnere, sollte der Saalbau nicht nur zum Zwecke der Philharmonie dienen, sondern auch weiterhin als sogenannte „gute Stube“ der Stadt. Das war damals auch Auftrag des Bürgerbegehrens, doch davon ist jetzt kaum noch die Rede. Wenn man den RWE-Pavillon anmieten will, der 3000 € kostet den Abend. Da frage ich mich doch, welche Bürgergruppen überhaupt noch einen Zugriff auf die Philharmonie und Saalbau haben? Ich glaube, dass der Druck größer wird, auch der Kommerzialisierungsdruck. Man versucht jetzt sicherlich, auch die Räume besser zu vermarkten. Die Eigenwirtschaftsquote eines solchen Hauses muss verbessert werden, weil es natürlich auch sukzessive teurer wird. Man hat Tarifierhöhungen, Betriebskosten steigen, und , und , und.

Der Anspruch, dass auch hier wirtschaftlicher gearbeitet werden muss, ist völlig richtig. Es kann aber auch dazu führen, dass wieder Eintrittspreise erhöht werden müssen und so auch wieder neue Zugangsbarrieren aufgebaut werden. Ich glaube hier besteht dringender Handlungsbedarf, nicht nur in der eigenen Stadt zu gucken, sondern regional Ausschau zu halten. Es gibt ja im Rahmen der Kulturhauptstadt erste Vernetzungen von Schauspielhäusern, die mit einem eigenen Projekt an den Start gehen. Ich hoffe, dass daraus auch etwas in der Folge entsteht und nicht bloß eine einmalige Aktion wird.

Dass man nicht sagt, ok., wir setzen jetzt ein gemeinsames Event für das Kulturhauptstadtjahr und danach gehen wir wieder in den knallharten Konkurrenzkampf ums Publikum.

W: Vielleicht könnten hier kulturelle Organisationen etwas von den Straßenbahngesellschaften im Ruhrgebiet lernen. In jüngster Vergangenheit konnten wir lesen, dass die Verkehrsbetriebe von Essen, Mülheim und Duisburg, weitestgehend fusionieren werden, um künftig deutlich geringere Verluste einfahren zu können als bisher.

Im Kulturbereich ist ja so gut wie nirgendwo die Rede davon, dass man gemeinsame Kulturinstitutionen haben müsste. Es gibt zwar das „Musiktheater im Revier“ in Gelsenkirchen. Dieses Opernhaus ist aber trotz des Namens eine rein Gelsenkirchener Institution. Es gibt in Duisburg die „Deutsche Oper am Rhein“, die mit der wohlhabenden Landeshauptstadt Düsseldorf zusammenarbeitet. Mitten im Revier aber gibt es nichts vergleichbares, wo wirklich eine Kultureinrichtung für mehrere Kommunen gleichzeitig arbeitet.

B:Nein! Es gibt da keine regionale Instanz, bis jetzt auf die „Kulturhauptstadtgesellschaft“, die auf regionaler Ebene versucht, bestimmte Einrichtungen unter einen Hut zu bekommen, seien es jetzt die Museen oder die Schauspielhäuser. Bei den Konzerthäusern weiß ich nicht, ob es ihnen da gelingt. Es kann den Effekt geben, dass es im Jahr 2010 eine Art Zwangskooperation gibt. Dass man sagt, ok, für den Zweck schließen wir uns mal zusammen.

Der finanzielle Druck der Städte, die pleite sind, wird aber größer. Der Druck des Publikums, das sich zahlenmäßig kaum mehr steigert, wächst ebenfalls. Jeder guckt, wie viel Geld kann ich ausgeben für Kultur. Die Ausgaben der Bürger für Kultur, die stehen nun nicht gerade an erster Stelle, das muss man auch mal deutlich sagen. D.h. es wird einen zunehmenden Kampf, um Publikum geben, um Ressourcen, um Aufmerksamkeit.

Für den Kulturbereich insgesamt gilt, dass wir „Audience development“ Programme brauchen. Wie entwickelt man neues Publikum? Wie erreicht man neues Publikum? Wie sind auf den unterschiedlichen Ebenen Leute für Kultur zu begeistern? Da sind wir dann bei der kulturellen Vielfalt der Stadt. Die großen Kulturinstitute reichen hier überhaupt nicht. Da brauchen wir das ganze Umfeld von freier Kultur, auch von privatwirtschaftlicher Kultur im Sinne von Kulturwirtschaft. Hier müssen verschiedenste Zugänge geschaffen werden um Publikum zu entwickeln. Angefangen bei der unteren Ebene in den Kindergärten, bis hin zu Senioren, die jetzt auch als neue Publikumsschicht entdeckt worden sind. Für diese Aufgabe machen sich die Einrichtungen aber viel zu wenig Gedanken, stattdessen konkurrieren sie untereinander um Aufmerksamkeit, Anerkennung und Geld. Das finde ich ganz furchtbar.

W: Wäre nicht gerade jetzt die Weichenstellung möglich? Sollte die „Kulturhauptstadt GmbH“ nicht eine Einrichtung über 2010 hinaus werden statt abgewickelt zu werden? Könnte nicht hier der Kern gelegt werden für eine längerfristige Entwicklung?

B: Sicherlich ist das ein Anspruch, den die Kulturhauptstadt vor sich her trägt, zu sagen, wir wollen ja nachhaltig arbeiten. Ich bezweifle aber, ob das gelingt. In einigen Bereichen gibt es zwar positive Ansätze, wo es zum ersten Mal gelungen ist, verschiedene Akteure aus der Region zusammen zu bekommen. Ob sich das aber weiterentwickelt, ist eine Frage nach den Strukturen, die bleiben. Die Kulturhauptstadtgesellschaft wird sich dann Ende 2010, Anfang 2011 auflösen. Es wird zu fragen sein, was bleibt davon eigentlich? Die Effekte, die der Weg zur Kulturhauptstadt ausgelöst hat, werden wahrscheinlich erst Jahre im Nachhinein feststellbar sein. Zwingend ist eine differenzierte Auswertung der Folgen dieser „Kulturhauptstadt.“ Was ist davon geblieben, außer, das ein Tag lang die „A 40“, der Ruhrschnellweg, gesperrt wurde oder dass man große Luftballons über der Region hat aufsteigen lassen. So etwas sind sicherlich keine nachwirkenden Projekte. Da geht es um Marketing, darum, große Bilder zu erzeugen, die sicherlich notwendig sind, aber doch keinesfalls den Kern der Kulturhauptstadt ausmachen.

W: Noch ein anderes Thema. Es ist jetzt fast eine Wahlperiode schwarz-GRÜNER Mehrheit in Essen vorbei. Sind Deine Befürchtungen oder Hoffnungen erfüllt worden?

B:Gut, ich habe mir noch einmal die Kooperationsvereinbarung CDU/GRÜNE herausgesucht. Wenn ich das Ergebnis der letzten Jahre daran messe, muss ich sagen, ich bin enttäuscht. Da hatte ich durchaus mehr erwartet, insbesondere, was die För-

derung der freien Kultureinrichtungen, der kommunalen Breitenkultureinrichtungen angeht. Da ist im Gegenteil sogar gekürzt worden, z.T. zwar von Seiten des Landes, da kann die Stadt nichts dafür. Auf der anderen Seite steigt der Druck sicherlich.

Ich rede jetzt mal nur vom Kulturbereich, im Sport haben wir eine ähnliche Entwicklung. Hier erzeugt sich eine zunehmende Konkurrenz, auch Unmut in der Bevölkerung, der man nicht mehr vermitteln kann, warum bestimmte Kulturbereiche mit erheblichen Finanzmitteln ausgestattet werden. Auf der anderen Seite aber Bereiche, die für die kulturelle Vielfalt der Stadt wichtig sind und eine kulturelle Grundversorgung der Bevölkerung sichern, derartig unter Druck geraten.

Das ist eine unglückselige Entwicklung, wo ich den Eindruck habe, dass auch die schwarz-GRÜNE Koalition da wenig dran machen kann, weil sie den gleichen Sachzwängen ausgesetzt ist, wie andere auch.

Positiv finde ich, das muss ich jetzt auch einmal sagen, dass man der Theater- und Philharmonie GmbH jetzt endlich einen Deckel verordnet hat. Ich glaube aber, dass der auf Dauer nicht zu halten ist. Es gibt auch gute Argumente dafür, dass man einen solchen Apparat auf Dauer nicht zwingen kann, zu sparen.

Ich weis aus eigener Erfahrung, wie Kostensteigerungen wirken. Trotzdem ist hier mit dem Etatdeckel ein richtiges Zeichen gesetzt worden.

Also insgesamt bin ich nicht zufrieden mit diesen Politikergebnissen. Viele Initiativen des Kulturbeirates sind so ein bisschen versandet oder wurden nicht wahrgenommen, immer wieder mit dem Argument, die Stadt hat kein Geld.

In der Kooperationsvereinbarung war beispielsweise auch die Rede von so etwas wie einem Kulturentwicklungsplan. Gerade vor dem Hintergrund der Empfehlungen des Landes, die großen Essener Einrichtungen zum Staatstheater zu machen, und damit auch in die Finanzierung einzusteigen. Als Kulturbeirat werden wir diese Idee noch mal selbst in den Fokus stellen.

Gleichzeitig hat das Land ja auch gesagt, die eingesparten Mittel bleiben im Kulturbereich. Deshalb ergibt sich hier ein neues Potential auch für Umverteilungen. Ich weis natürlich nicht, was daraus wird. Das ist sicher keine kurzfristige Perspektive aber hier fehlen mir einfach solche Ansätze und Ideen. Ich glaube gerade die GRÜNE Fraktion hat sich im Kulturbereich sehr wenig profiliert, sondern als Anhängsel der großen CDU-Partei agiert.

W: Hättest Du die Hoffnung gehabt, bei einer anderen Farbzusammensetzung einer Kooperation wäre mehr herausgekommen?

B: Nicht unbedingt, dafür hab ich ja in dieser Stadt genug Erfahrungen sammeln können. Meine Option war immer, nicht in die Opposition zu gehen, sondern ohne sich festzulegen, themenbezogen mit wechselnden Mehrheiten zu arbeiten. Weil die Kooperation immer zum Kompromiss zwingt, zu viel stärkeren Kompromissen, als sie vielleicht notwendig sind. Natürlich will man intern keine Konflikte haben, erst recht keine öffentlichen Auseinandersetzungen mit dem Kooperationspartner. Als Preis dafür verliert man dann ein Stück des eigenen Profils. Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, in denen auch die GRÜNEN recht deutlich bei bestimmten Bereichen auf die Barrikaden gegangen sind oder sich an Initiativen beteiligt haben. Das ist sehr weit zurückgegangen.

Und im Kulturbereich hat es auch einen Wechsel gegeben. Es liegt durchaus im gesellschaftlichen Trend, dass auch GRÜNE gern in die Philharmonie oder in die Oper gehen, was sie vielleicht früher nicht so gemacht haben.

Ich hab immer das Beispiel der Zeche Carl vor Augen, die war ja so etwas wie die Herzkammer der GRÜNEN Parteientwicklung in Essen. Gut, dass man sich jetzt da-

für einsetzt, dass die Zeche Carl erhalten bleibt, das ist richtig. Aber ich glaube, hier ist auch deutlich mehr an Engagement notwendig. Wenn ich dann in Erklärungen der GRÜNEN lese: „Wir stehen dafür ein, dass die Stadt sich finanziell in bisheriger Weise engagiert, dabei wird auch die Höhe eines künftigen Betriebskostenzuschusses ermittelt.“ Was das jetzt wieder heißt, weiß ich auch nicht. Geht's nach oben oder nach unten? Mir fehlt einfach eine eindeutige Aussage. Bei einer Einrichtung wie der Zeche Carl, der die Stadt schon seit 12 Jahren einen Deckel verordnet. Na ja , man weiß auch nicht , wie die Finanzierung aussieht, im schlimmsten Fall geht's nach unten, weil der böse Regierungspräsident schon wieder gedroht hat.

Mir fehlt dabei einfach die klare Aussage, wenn es notwendig ist, dass wir hier mehr Geld reinstecken müssen, dann tun wir das auch! Gerade in dem Bewusstsein, dass wir für den Essener Norden etwas tun müssen. Das ist mir einfach viel zu wischi, waschi. Die Inhalte der Kooperationsvereinbarung, finden sich in der Realität an vielen Punkten einfach nicht wieder. Ich glaube, so etwas tut letztlich den GRÜNEN nicht gut.

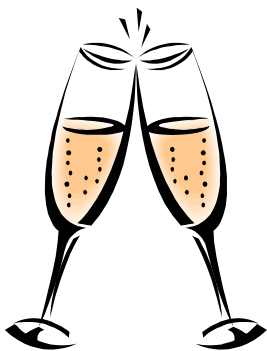
W:Ja, das waren deutliche Worte den GRÜNEN ins Stammbuch geschrieben. Wir wollen trotzdem mal sehen, ob in einer nächsten Runde, vielleicht in einem Jahr, über GRÜNE nach der Wahl dann positivere Töne zu hören sind. Johannes Brackmann, ich danke für das Gespräch. Viel Erfolg bei der Arbeit im Kulturbeirat.

B:Wir machen weiter!

Neujahrsempfang der GRÜNEN am 1. Februar (So) ab 11.00 Uhr

Einladung: wir führen unseren Neujahrsempfang am 1. 2. um 11.00 Uhr **erneut in der Lichtburg (blauer Salon)** durch und möchten Dich hiermit herzlich einladen. Zur Einstimmung auf das kommende Wahljahr wollen wir mit unserem Bundestagsabgeordneten Kai Gehring, den Rats- und Vorstandsmitgliedern in angenehmen Rahmen ein wenig feiern. Vor diesem Hintergrund freuen wir uns besonders, als Gastredner den **GRÜNEN Parteivorsitzenden und Europaabgeordneten Cem Özdemir** begrüßen zu dürfen. Yes, we Cem!

Link setzen



Einladung



zum Neujahrsempfang

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN möchten
das Neue Jahr mit einem geselligen Treffen eröffnen.

Dazu laden wir Sie und Euch am

Sonntag, den 1. Februar 2009
von 11.00 bis ca.14.00 Uhr in die Lichtburg, Blauer Salon,
Kettwiger Straße ein. (Fußgängerzone)

Das Neue Jahr ist da – und es wirft gewaltige Schatten: Die Kommunal-, Europa- und Bundestagswahl werden 2009 zum Superwahljahr schlechthin machen, die Vorbereitungen und die Durchführung der jeweiligen Wahlkämpfe die politische Arbeit auf allen Ebenen maßgeblich mitbestimmen.

Vor diesem Hintergrund freuen wir uns besonders, als Gastredner den

GRÜNEN Parteivorsitzenden und Europaabgeordneten

Cem Özdemir

begrüßen zu dürfen. Yes, we Cem!

Wie immer, bietet unser Neujahrsempfang gleichzeitig Zeit und Möglichkeit zu vielen Gesprächen. Unser Bundestagsabgeordneter, unsere Mitglieder in Rat und Bezirksvertretungen sowie die Vorstandsmitglieder erwarten Sie bei Sekt und Häppchen.

**Über Ihr und Euer Kommen freuen sich im Namen des
des Kreisverbandes und der Ratsfraktion**

Julia Kahle-Hausmann und Dr. Thorsten Drewes

Hiltrud Schmutzler-Jäger und Christine Müller-Hechfellner

Kai Gehring (MdB)

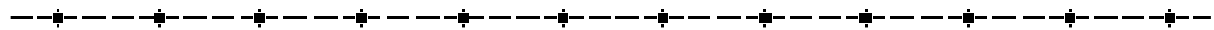
Um Antwort bitten wir bis zum 23. 1. 09

Zum Neujahrsempfang

des Bündnis 90/DIE GRÜNEN Essen Rats- fraktion und Kreisverband



Wann: 1. Februar 2009 (So.)
Wo: Lichtburg/Blauer Salon
Zeit: 11.00 Uhr



Ja, ich/ wir kommen mit _____ Personen
zum Neujahrsempfang am 1.02.2009

Name: _____

Organisation: _____

Antwort bitte an:

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, Limbecker Str. 48-50, 45127 Essen

Fax 0201-24764-19 oder -30

email: gruenerf@essen.de oder kreisverband@gruene-essen.de